

98.067

**Gerichtsstand in Zivilsachen.
Bundesgesetz
Fors en matière civile.
Loi fédérale**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 18.11.98 (BBl 1999 2829)
Message du Conseil fédéral 18.11.98 (FF 1999 2591)
Nationalrat/Conseil national 10.06.99
Ständerat/Conseil des Etats 05.10.99
Nationalrat/Conseil national 07.12.99
Ständerat/Conseil des Etats 08.03.00
Nationalrat/Conseil national 22.03.00
Nationalrat/Conseil national 24.03.00
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.00

**Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen
Loi fédérale sur les fors en matière civile**

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 98.067/454)
Für Annahme des Entwurfes 183 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

99.021

**Konstruktives Referendum.
Volksinitiative
Référéndum constructif.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 01.03.99 (BBl 1999 2937)
Message du Conseil fédéral 01.03.99 (FF 1999 2695)
Ständerat/Conseil des Etats 08.06.99
Nationalrat/Conseil national 22.03.00
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.00
Nationalrat/Conseil national 24.03.00

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum)»
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour davantage de droits au peuple grâce au référendum avec contre-proposition (référéndum constructif)»**

Cavalli Franco (S, TI): Ich werde mich kurz fassen, weil alles andere sowieso keinen Sinn hätte. Es war von Anfang an klar, dass die Mehrheit dieses Parlamentes nicht die Absicht hatte, sich seriös mit diesem Problem zu beschäftigen. (*Unruhe*)

Dass wir damit eine gezielte Verfeinerung und Modernisierung unserer direkten Demokratie erreicht hätten, spielte keine Rolle. Dass wir damit das grösste Problem unserer direkten Demokratie gelöst hätten, nämlich die unsägliche Zwängerei, selbst bei sehr komplizierten Problemen – GenSchutz-Initiative usw. – alles auf ein simples Ja oder Nein reduzieren zu müssen, spielte von Anfang an keine Rolle. Immerhin wollen wir hoffen – deshalb verzichten wir hier auf alle anderen Argumente –, dass in den nächsten Monaten doch noch ein Reifungsprozess stattfindet. Wir können uns

nicht vorstellen, dass ausserhalb des linksgrünen Lagers jeder und jede entweder zum Mühlemann-Club oder zum Club der Scheinheiligen gehört.

Zum ersten Club gehören diejenigen, für die die direkte Demokratie ein mehr oder weniger notwendiges Übel ist, das man vielleicht gelegentlich abschaffen könnte; zum zweiten Club gehören diejenigen, die glauben, dass die Schweizer zwar fähig sind, mit einem einzigen Blick auf ein Foto zu entscheiden, ob jemand gut genug ist, Schweizer zu werden, dass in allen anderen Fragen die Schweizer Bevölkerung aber überfordert ist. Vielleicht bin ich ein zu grosser Optimist, aber ich glaube, dass es in diesem Land genügend konstruktive Kräfte gibt, die in den nächsten Monaten bereit sein werden, sich konstruktiv mit dem konstruktiven Referendum auseinanderzusetzen.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 99.021/455)
Für Annahme des Entwurfes 112 Stimmen
Dagegen 67 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

99.022

**Umverteilungs-Initiative.
Volksinitiative
Initiative en faveur
d'une redistribution des dépenses.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 01.03.99 (BBl 1999 3285)
Message du Conseil fédéral 01.03.99 (FF 1999 3011)
Nationalrat/Conseil national 09.12.99
Ständerat/Conseil des Etats 22.03.00
Nationalrat/Conseil national 24.03.00
Ständerat/Conseil des Etats 24.03.00

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Sparen beim Militär und bei der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungs-Initiative)»
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Economiser dans l'armée et la défense générale – pour davantage de paix et d'emplois d'avenir (Initiative en faveur d'une redistribution des dépenses)»**

Haering Barbara (S, ZH): Die Schweiz steht vor einer doppelten Herausforderung: Sie steht vor der Herausforderung, sich friedens- und sicherheitspolitisch gegenüber der Staatengemeinschaft, gegenüber einem System kollektiver Sicherheit zu öffnen; sie steht gleichzeitig vor der Notwendigkeit, die im internationalen Vergleich immer noch grotesk hohen Militärausgaben unseres Landes schrittweise zu reduzieren. Diese beiden Zielsetzungen sind inhaltlich miteinander verknüpft und bieten gleichzeitig eine doppelte Chance: Sie bieten die Chance für mehr Frieden – und dies für mehr Menschen auf dieser Welt.

Die SP will sich gemeinsam mit der Grünen Partei und der Friedensbewegung für diese Ziele engagieren.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 99.022/456)
Für Annahme des Entwurfes 122 Stimmen
Dagegen 62 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats